

Nr. 02 | September 2019

Liebe Leserinnen und Leser,

trotz Sommerpause war es alles andere als ruhig im Europäischen Parlament: Die Anhörungen zum drohenden Brexit laufen weiterhin, die Diskussionen rund um das Mercosur-Abkommen halten an, und die Waldbrände im Amazonasgebiet erschüttern nicht nur uns Abgeordnete, sondern die halbe Welt.

Aber auch hierzulande ist die Stimmung verhalten. Immer wieder erreichen mich Briefe von Landwirten und Beiträge in sozialen Medien mit der Bitte „Nehmt uns Bauern endlich ernst!“. Zahlreiche Bäuerinnen und Bauern haben sich bereits der Aktion „Grüne Kreuze“ angeschlossen, um auf das „massiv einsetzende Höfe-Sterben“ aufmerksam zu machen. Das jüngst verabschiedete Agrarpaket greife massiv in die Bewirtschaftung der Betriebe und in das Eigentum ein. Die Produktion von Nahrungsmitteln in Deutschland werde immer mehr erschwert und mit Produktions- und bürokratischen Auflagen belastet. Gleichzeitig würden über Freihandelsabkommen die Grenzen geöffnet. Unsere Landwirte haben Angst um ihre Existenz - eine Angst, die ich vollkommen nachvollziehen kann. Aus diesem Grund zeige ich mich auch solidarisch mit unseren Bäuerinnen und Bauern.

Einen sehr lesenswerten Gastkommentar zur aktuellen Situation der Landwirte verfasste übrigens Volker Hahn, Vorsitzender vom Landvolk Hannover e.V. - diesen finden Sie anbei.

Es gibt aber auch einen Lichtblick: In einer Sitzung des AGRI-Ausschusses gab es eine seltene Sternstunde. Nahezu alle Redner waren sich einig, dass es keine Erteilung auf Biopatente für Pflanzen oder Tiere geben darf. Auch die Europäische Kommission ist der Meinung, dass das, was das Europäische Patentamt vorgelegt hat, falsch ausgelegt ist. Wir suchen nun gemeinsam nach Wegen, wie wir diese Fehlinterpretation in die richtige Richtung lenken können. Denn die Erteilung auf Patente für bestimmte Pflanzen und Züchtungen ermöglicht es auf Dauer nur mächtigen Konzernen, sich ein kommerzielles und finanzielles Monopol zu verschaffen. Die Züchterszene hingegen, die aus vielen kleinen Unternehmen in Deutschland und Europa besteht, würde damit an die Wand gedrängt und ausgehebelt.

Was unsere biologische Vielfalt damit zu tun hat, lesen Sie auf meiner Webseite unter www.marlenemortler.de/keine-patente-auf-pflanzen

Die Schwerpunkt-Themen bei der Plenarsitzung vom 16. bis 19. September 2019 waren:

- Aktueller Stand der Brexit-Verhandlungen
- Krebsbekämpfung in der EU
- Pro-demokratische Proteste in Hongkong
- Abholzung des brasilianischen Amazonasgebietes
- Ernennung von Christine Lagarde zur neuen Präsidentin der Europäischen Zentralbank
- EU-Haushalt 2020

Nr. 02 | September 2019

Viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße



Aktueller Stand der Brexit-Verhandlungen

Am Mittwoch haben die Abgeordneten über den Stand der Brexit-Verhandlungen diskutiert. Die Grundsätze der EVP-Fraktion sind klar: Wir werden unsere Interessen, unsere Bürger und unsere Werte schützen. Während wir uns auf das Worst-Case-Szenario eines Brexit ohne Handel vorbereiten, sind wir weiterhin bereit und entschlossen, gemeinsam mit Großbritannien eine Lösung zu finden. Das Abkommen ist da und kann von uns jederzeit umgesetzt werden. Allerdings werden 55 Prozent des Handels mit der EU abgeschlossen - beide Seiten werden deshalb verlieren bzw. haben schon verloren aufgrund der Unsicherheiten in Wirtschaft und Gesellschaft. Unsere Türe bleibt offen - dennoch darf ein Austritt aus der EU nie „belohnt“ werden.

Krebsbekämpfung in der EU

Bei dem Großteil der EU-Ländern zählt Krebs zu den meisten Todesursachen. Fast jeder zweite Mensch wird in seinem Leben mit dieser Krankheit kämpfen. Derzeit sterben fünfzig Prozent der Patienten an Krebs. Die EVP-Fraktion hält diese Zahlen für alarmierend - daher wollen wir den Trend umkehren. Also haben die Abgeordneten am vergangenen Mittwochnachmittag darüber diskutiert, wie der Krebs in der EU am besten bekämpft werden kann. Der Vorsitzende der EVP-Fraktion, Manfred Weber, hat im Namen der Fraktion das Wort ergriffen und ein Positionspapier der EVP-Fraktion vorgestellt. Wir alle sind uns einig: Die Krebsbekämpfung muss bei den Prioritäten der EU an erster Stelle stehen. Erfreulich ist, dass die designierte Kommissarin für Gesundheit, Stella Kyriakides, Spezialistin auf diesem Gebiet ist.

Pro-demokratische Proteste in Hongkong

Seit Monaten erschüttern pro-demokratische Proteste Hongkong, wobei die Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Aktivisten immer gewalttätiger werden. Am Montag hat daher das Europäische Parlament mit der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, über die Situation in der ehemaligen britischen Kolonie diskutiert. Die EVP-Fraktion fordert die chinesischen Behörden auf, die Menschenrechte zu achten und einen intensiveren Dialog zu führen. Im Juli nahm das Parlament eine von der EVP-Fraktion unterstützte Entschließung an, in der unter anderem die

Nr. 02 | September 2019

Besorgnis über die Verschlechterung der Menschenrechte und die Einmischung Chinas in die inneren Angelegenheiten Hongkongs zum Ausdruck kam.

Abholzung des brasilianischen Amazonasgebietes

Die EVP-Fraktion ist sehr besorgt über die zunehmende Zahl von Waldbränden im Amazonasgebiet, aber auch weltweit. Die Entwaldung kann das globale Klima erheblich beeinflussen. Die EVP-Fraktion betont, dass Probleme mit dem Regenwald im Amazonasgebiet durch internationale Klimaabkommen oder moderne Handelsabkommen gelöst werden können. Bereits am Montag haben wir über die Lage des Waldes in Europa im Plenum debattiert. Ob Trockenheit, Hitze oder Borkenkäfer - auch in vielen Regionen Europas hat sich der Zustand unserer Wälder dramatisch verschlechtert. Dabei sind unsere Wälder unentbehrlich für das Leben auf der Erde. Uns ist klar, dass der europäische Wald allein das weltweite Klima nicht retten kann - aber er trägt wesentlich zum Kampf gegen den Klimawandel bei. Wir müssen daher unseren Wald als nachwachsenden Rohstoff sehen, den es zu schützen, aber auch zu nützen, gilt. Wir müssen alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union dazu animieren, das Thema Wald auf ihre politische Agenda zu setzen und in ihren Rahmen und Möglichkeiten zu handeln. Kurzfristig bedeutet das, EU-Nothilfen für Waldbesitzer zu aktivieren - das sorgt für Linderung in dieser Ausnahmesituation. Was aber „gestern“ noch richtig war, ist heute schon die falsche Antwort. Mittel- bis langfristig muss eine nachhaltige Forstwirtschaft auf klimatolerante bzw. Mischwälder setzen, die stabiler auf Umweltbedingungen reagieren.

Ernennung von Christine Lagarde zur neuen Präsidentin der Europäischen Zentralbank

Die EVP-Fraktion hat die Ernennung von Christine Lagarde zur neuen Präsidentin der Europäischen Zentralbank bei der Abstimmung im Plenum am Dienstag unterstützt. Markus Ferber, MdEP, Sprecher für Wirtschaft und Währung der EVP-Fraktion, sagte: „Frau Lagarde muss sehr deutlich machen, dass es nicht Aufgabe der EZB ist, die Wirtschaft anzukurbeln, sondern den Wert des Euro zu sichern und die Preise stabil zu halten - nichts anderes.“ Ferber erwartet, dass Lagarde die „extrem einfache Geldpolitik der letzten Jahre“ stoppen wird. „Die Eurozone muss systemische Steroide absetzen. Frau Lagarde muss erklären, wie sie Europa vom billigen Geld wegbringen will. Die Politik von Mario Draghi verbarg viele strukturelle wirtschaftliche Probleme in einigen Teilen Europas. Es ist besser, Probleme zu lösen als sie zu verschleiern“, so Ferber weiter und kritisierte den derzeitigen Präsidenten der Europäischen Zentralbank.

EU-Haushalt 2020

„Die Prioritäten des Europäischen Parlaments sind der Kampf gegen den Klimawandel, der Ausbau der Forschungs- und Innovationskapazitäten für grüne Technologien, Digitalisierungsprogramme, die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa und die Stärkung der Entwicklungshilfe. Wir wollen gemeinsam mit dem Rat über einen vernünftigen und zukunftsorientierten Haushalt verhandeln“, sagte die Europaabgeordnete

Nr. 02 | September 2019

Monika Hohlmeier, Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments, für den Haushalt der EU für 2020. „Daher ist es unerlässlich, dass der Rat die Prioritäten der finnischen Präsidentschaft und des Parlaments anerkennt, die sich in vielen Bereichen überschneiden. Damit würde der Haushalt des nächsten Jahres zu dem mächtigen Instrument werden, das er sein muss.“ Der Rat wird am kommenden Mittwoch seinen Standpunkt zum EU-Haushalt des nächsten Jahres darlegen. Das Europäische Parlament wird seinen Standpunkt auf der Plenarsitzung im Oktober in Straßburg festlegen.

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

mittelfranken@marlenemortler.eu
www.marlenemortler.eu

Redaktion: Sarah Schöffler